

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 194. Ratssitzung vom 13. November 2013

4471. 2013/16

Postulat von Peter Küng (SP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) vom 16.01.2013: Verzicht auf Investitionen in Firmen, welche Waffen produzieren oder damit handeln

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Peter Küng (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3516/2013): Die Pensionskasse und die Unfallversicherung (UVZ) der Stadt sind darauf angewiesen, dass sie mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Kapital Gewinn erwirtschaften. Hat man jedoch Kapital in eine Firma investiert, ist man mitverantwortlich für deren Entscheidung. Deshalb ist uns bei beiden Organen der Aspekt des Ausschlusses von Investitionen in Waffen noch zu wenig konkret gewesen. Seitens Stadtrat hiess es nur, dass Anlagen in Streumunition und Landminen nicht vorgesehen seien. Die gute Rendite der Versicherten ist nicht gefährdet. Aber auch wenn sie weniger gut wäre, können mit diesem Argument keine ethischen Bedenken aus dem Weg geräumt werden.*

***Severin Pflüger (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 30. Januar 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Wenn die Pensionskasse und die Unfallversicherung nicht in Unternehmen investieren dürfen, die Waffen produzieren oder damit handeln, fällt schon ein grosser Teil der Schwerindustrie weg. Es ist komisch, der Pensionskasse und Unfallversicherung dies verbieten zu wollen, aber selber als Polizei Waffen zu beschaffen. Noch viel merkwürdiger ist es, dass der Bund Milliarden Franken für Waffen ausgibt, aber sich die Unternehmen, die die Waffen produzieren, nicht auf dem freien Kapitalmarkt kapitalisieren sollen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Werner Wehrli (EVP):** Wer verantwortungsvoll ist und sich einen ethischen Auftrag auf die Fahne geschrieben hat, stimmt dem Postulat zu.*

***Markus Hungerbühler (CVP):** Versicherungen halten sich an die entsprechenden Gesetze und wir finden, dass diese Vorgaben ausreichen. Allzu moralische Einschränkungen sind in einer solchen Situation schwierig.*

***Simon Kälin (Grüne):** Natürlich könnte man bei Firmen unterscheiden, welche von ihnen fertige Waffen produzieren und welche nur Zulieferer sind. Aber diese Selektion funktioniert nicht, weil man zwangsläufig trotzdem Firmen im Portfolio hat, die vielleicht nur bestimmte Einzelteile einer Waffe produzieren, aber wenn es um eine übergreifende, moralische Frage geht, muss man das Ausschlusskriterium so definieren,*

2 / 2

dass man gar keine Produzenten im Portfolio hat.

Martin Luchsinger (GLP): *Die Pensionskasse und die UVZ verhalten sich schon jetzt in ihren Investments ethisch vorbildlich. Die Mehrheit der Fraktion hat sich bei dieser Vorlage aber entschieden, solche spezifischen Investments zu verhindern. Es gibt für uns keinen Grund zu erkennen, warum die Versicherten von der Geschäftsentwicklung solcher Unternehmen unbedingt profitieren sollen.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Das Postulat trägt überhaupt nicht dazu bei, dass eine Waffe weniger auf dieser Welt produziert wird. Eine Demokratie hat ihre Schwäche darin, dass sie eine Rückbindung an die öffentliche Meinung hat. Diktaturen können sich dagegen alles erlauben. Will man also dafür sorgen, dass man Demokratien entwaffnet und Terrorregime bewaffnet?*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Sind Investitionen in die Victorinox AG in Zukunft also verboten? Die Frage ist, wo man schlussendlich die Grenze zieht.*

Peter Küng (SP): *Wir wollen mit dem Postulat nicht die Welt retten, wir möchten nur verhindern, dass unsere Versicherungen grundsätzlich an Morden verdienen.*

Das Postulat wird mit 72 gegen 46 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat